

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 176.— M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleumdungen und Verleumdungen 70.— M. Kleine Anzeigen pro Wort 15.— M. — Plakate: pro 1000 Zeichen 40.— M. — Plakate: pro 1000 Zeichen 40.— M. — Plakate: pro 1000 Zeichen 40.— M.

Montag, den 2. Juli 1923.

Bezugspreise: Durch den Postweg 1000.— M. pro Woche, durch die Post 6000.— M. pro Monat und durch den Postweg für den Monat 100.— M. Subskription und Expedition: Breslau, Brühlstraße 60. — Postkontonummer: Breslau, Brühlstraße 60. — Druckerei: Breslau, Ringstraße 10.

## Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts

### Eine Rede des Genossen Karl Radel, gehalten in der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunist. Internationale am 20. Juni 1923

Wir haben das weitreichende und tief eindringende Referat der Genossin Zetkin angehört über den internationalen Faschismus, diesen Hammer, der — bestimmt, auf das Haupt des Proletariats zerschmetternd niederzuschlagen wird, die ihn im Interesse des Großkapitals schwingen. Ich kann diese Rede unserer großen Führerin weder erweitern noch ergänzen. Ich konnte sie nicht einmal gut verfolgen, weil mir immerfort vor den Augen der Leinwand des deutschen Faschisten stand, anferes Klammern, der zu Tode verurteilt und erschossen wurde von den Schergen des französischen Imperialismus, dieser starken Organisation eines anderen Teils unserer Klassenfeinde. Während der ganzen Rede der Genossin Zetkin über die Widersprüche des Faschismus schwirrte mir im Kopfe der Name Schlageter herum und sein tragisches Geschick. Wir sollen seiner gedenken hier, wo wir politisch zum Faschismus Stellung nehmen. Die Geschichte dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer abwerfenden Phrase erledigt werden. Sie haben uns, sie haben dem deutschen Volke vieles zu sagen.

Wir sind keine sentimentalen Romantiker, die an der Leiche die Feindschaft vergessen und wir sind keine Diplomaten, die sagen: am Grabe Gutes reden oder Schweigen. Schlageter, der mutige Soldat der Arbeiterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich gewürdigt zu werden. Sein Bestimmungsgenosse Freisa hat im Jahre 1920 einen Roman veröffentlicht, in dem er das Leben eines im Kampfe gegen Spartakus gefallenen Offiziers schildert. Freisa nannte den Roman: Der Wanderer ins Nichts. Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die eifrig dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschichte Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollten sie auf sein Denkmal schreiben: der Wanderer ins Nichts.

Deutschland lag auf dem Boden, geschlagen. Nur Narren glaubten, daß die siegreiche kapitalistische Entente das deutsche Volk anders behandeln wird, als das siegreiche deutsche Kapital das russische — das rumänische Volk behandelt hat. Nur Narren oder Feiglinge, die die Wahrheit fürchteten, konnten an die Erklärungen glauben, daß nur der Kaiser, nicht das deutsche Volk für die Niederlage zu zahlen haben wird. Im Osten stand ein Volk im Kampfe. Hungernd, frierend rang es gegen die Entente an 14 Fronten: Sowjetrußland. Eine dieser Fronten war gebildet von deutschen Offizieren und deutschen Soldaten. Im Freikorps Medem, das Riga stürmte, kämpfte Schlageter. Wir wissen nicht, ob der junge Offizier den Sinn seiner Tat verstanden hat. Der damalige deutsche Regierungskommissar, der Sozialdemokrat Brüning und der General von der Goltz, der Leiter der Baltikammer, wußten, was sie taten. Sie wollten durch Schergenendienste gegen das russische Volk der Entente Wohlwollen erweisen. Damit die besiegte deutsche Bourgeoisie keine Kriegskontingente den Siegern zahlte, bewarbelte sie junges deutsches Blut, das von der Kugel des Weltkrieges verschont worden ist, als ententische Soldaten gegen das russische Volk. Wir wissen nicht, was Schlageter über diese Zeit dachte. Sein Führer Medem hat später eingesehen, daß er durchs Baltikum ins Nichts wanderte. Haben das alle deutschen Nationalisten verstanden? Bei der Totenfeier Schlageters in München sprach General von der Goltz, derselbe Goltz, der sich bis auf

heute England wie Frankreich als Obriste im Kreuzzug gegen Rußland anbietet. Schlageter wird beehrt von der Sitnes-Presse. Herr Sitnes wurde eben in der Alpina Montana der Kompanon von Schneider-Creuzot, des Waffenschmiedes der Mörder Schlageters. Gegen wen wollen die Deutschhölischen kämpfen: gegen das Ententekapital oder das russische Volk? Mit wem wollen sie sich verbünden? Mit den russischen Arbeitern und Bauern zur gemeinsamen Abschüttelung des Joches des Ententekapitals, oder mit dem Ententekapital zur Verflüchtigung des deutschen und russischen Volkes? Schlageter ist tot. Er kann die Frage nicht beantworten. An seinem Grabe haben seine Kampfgenossen die Fortführung seines Kampfes geschworen. Sie müssen antworten: gegen wen, an wessen Seite.

Schlageter ging vom Baltikum nach dem Ruhrgebiet. Nicht erst im Jahre 1923, schon im Jahre 1920. Wirt ihr, was das bedeutet? Er nahm an dem Überfall auf die Ruhrarbeiter durch das deutsche Kapital teil, er kämpfte in den Reihen der Truppen, die die Ruhrbergleute den Eisen- und Kohlenhütten zu unterwerfen hatten. Watters Truppen, in deren Reihen er kämpfte, schossen mit denselben Bleihügeln, mit denen General Degoutte die Ruhrarbeiter beruhigt. Wir haben keine Ursache anzunehmen, daß Schlageter aus egoistischen Gründen die hungerten Bergarbeiter niederwerfen half.

Der Weg der Todesgefahr, den er wählte, spricht und zeugt für ihn, sagt, daß er überzeugt war, dem deutschen Volke zu dienen. Aber Schlageter glaubte, daß er am besten dem Volke diene, wenn er hilft, die Herrschaft der Klassen aufzurichten, die bisher das deutsche Volk geführt und in dieses namenlose Unglück gebracht haben. Schlageter sah in der Arbeiterklasse den Böbel, der regiert werden muß. Und er war ganz gewiß einer Meinung mit dem Grafen Reventlow, der da gelassen sagt: jeder Kampf gegen die Entente sei unmöglich, solange der innere Feind nicht niedergeschlagen ist. Der innere Feind aber war für Schlageter die revolutionäre Arbeiterklasse. Schlageter konnte mit eigenen Augen die Folgen dieser Politik sehen, als er ins Ruhrgebiet im Jahre 1923 während der Ruhrbesetzung kam. Er konnte sehen, daß, wenn auch die Arbeiter gegen den französischen Imperialismus einig dastehen, kein einziges Volk an der Ruhr kämpft und kämpfen kann. Er konnte sehen das tiefe Mißtrauen, das die Arbeiter zu der deutschen Regierung, zu der deutschen Bourgeoisie haben. Er konnte sehen, wie der tiefe Zwiespalt der Nation ihre Verteidigungskraft lähmt. Er konnte mehr sehen. Seine Bestimmungsgenossen klagen über die Passivität des deutschen Volkes. Wie kann eine niedergeschlagene Arbeiterklasse aktiv sein? Wie kann eine Arbeiterklasse aktiv sein, die man entwaffnet hat, von der man fordert, daß sie sich von Schiebern und Spekulanten ausbeuten läßt? Oder sollte die Aktivität der deutschen Arbeiterklasse vielleicht durch die Aktivität der deutschen Bourgeoisie ersetzt werden? Schlageter las in den Zeitungen, wie dieselben Leute, die als Führer der völkischen Bewegung auftraten, Devisen ins Ausland schickten, um das Reich arm, sich aber reich zu machen. Schlageter hatte ganz gewiß keine Hoffnung auf diese Paradoxien, und es war ihm erspart, in den Zeitungen zu lesen, wie sich die Vertreter der deutschen Bourgeoisie, wie sich Dr. Lutterbeck an seine Helfer mit der Bitte wandte, sie sollten doch den Königen von Stahl und Eisen erlauben, die hungernden Köpfe des deutschen Vol-

kes, die Männer, die den Widerstand an der Ruhr durchzuführen, mit Maschinengewehren zu Paaren zu treiben.

Jetzt, wo der deutsche Widerstand durch den Schuttenstreik Dr. Lutterbeds und noch mehr durch die Wirtschaftspolitik der bestehenden Klassen zu einem Spott geworden ist, fragen wir die ehrlichen, patriotischen Massen, die gegen die französische imperialistische Invasion kämpfen wollen: Wie wollt ihr kämpfen, an wen wollt ihr euch stützen? Der Kampf gegen den ententischen Imperialismus ist ein Krieg, selbst wenn in ihm die Kanonen schweigen. Man kann keinen Krieg an der Front führen, wenn man das Hinterland in Aufruhr hat. Man kann im Hinterlande eine Mehrheit niederhalten, man kann nicht die Mehrheit niederhalten. Die Mehrheit des deutschen Volkes besteht aus arbeitenden Menschen, die kämpfen müssen gegen die Not und das Elend, das die deutsche Bourgeoisie über sie bringt. Wenn sich die patriotischen Kreise Deutschlands nicht scheiden, die Sache dieser Mehrheit der Nation zu der ihrigen zu machen und so eine Front herzustellen gegen das ententische und das deutsche Kapital, dann würde Deutschland angedacht der ausländischen Invasion, der dauernden Gefahr seitens der Sieger, zum Felde blutiger innerer Kämpfe, und es wird dem Feinde ein leichtes sein, es zu zerbrechen und zu zerstückeln.

Als nach Vena Gencienau und Scharnhorst sich fraaten, wie man das deutsche Volk aus keiner Erniedrigung hinausbringen kann, da beantworteten sie die Frage: Nur, indem man den Bauern frei macht — aus der Hörigkeit und Sklaverei der Freien. Nur der freie Rücken des deutschen Bauern kann die Grundlage bilden für die Befreiung Deutschlands. Was die deutsche Bauernschaft am Anfang des 19. Jahrhunderts war, das ist für die Geschichte der deutschen Nation am Anfang des 20. Jahrhunderts die deutsche Arbeiterklasse. Nur mit ihr zusammen kann man Deutschland von den Fesseln der Sklaverei befreien, nicht gegen sie.

Vom Kampf sprechen die Genossen Schlageters an seinem Grabe. Den Kampf weiterzuführen. Schwören sie. Der Kampf richtet sich gegen einen Feind, der bis auf die Zähne bewaffnet ist, während Deutschland entwaffnet, während Deutschland zermürbt ist. Soll das Wort vom Kampfe keine Phrase sein, soll er nicht in Sprengbomben bestehen, die Brücken zerstören, aber nicht den Feind in die Luft sprengen können, die Jüge entgleiten, aber nicht den Siegeszug des Ententekapitals anhalten können, so erfordert dieser Kampf die Erfüllung einer Reihe von Bedingungen. Er fordert von dem deutschen Volke, daß es bricht mit denen, die es nicht nur in die Niederlage hineingeführt haben, sondern die diese Niederlage, die Wechsellage des deutschen Volkes bereuigen, indem sie die Mehrheit des deutschen Volkes als den Feind behandeln. Er erfordert den Bruch mit den Leuten und den Parteien, deren Gesicht wie ein Maßengelicht auf die anderen Völker wirkt und sie gegen das deutsche Volk mobilisiert. Nur, wenn die deutsche Sache die des deutschen Volkes ist, nur wenn die deutsche Sache im Kampfe um die Befreiung des deutschen Volkes besteht, wird sie dem deutschen Volke lästige Freunde werden. Das deutsche Volk kann nicht ohne Freunde bestehen, desto weniger ein geschlagenes, von Feinden umgebenes Volk. Mit Deutschland imstande sein, zu kämpfen, so muß es eine Mehrheit der Arbeitenden herbeiziehen. In müssen die, die

arbeiter sich mit den Handarbeitern vereinigen zu einer eisernen Phalanx. Die Lage der Ruhrarbeiter erfordert diese Einigung. Nur als Bourgeoisie stehen ihr im Wege, Vereinigt zu einem siegreichen, arbeitenden Volk, wird Deutschland imstande sein, große Quellen der Energie und des Widerstandes zu entdecken, die jedes Hindernis überwinden werden. Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes. Geemigt zu einem Volk der kämpfenden Arbeit, wird es Hilfe anderer Völker finden, die um ihre Existenz kämpfen. Wer in diesem Sinne den Kampf nicht vorbereitet, der ist fähig zu Verzweiflungstaten, nicht fähig aber zum wirklichen Kampfe.

Dies hat die Kommunistische Partei Deutschlands, dies hat die Kommunistische Internationale an dem Grabe Schlageters zu sagen. Sie hat nichts zu verhehlen, denn nur die volle Wahrheit ist imstande, sich den Weg zu den tief leidenden, innerlich zerrissenen, suchenden nationalen Massen Deutschlands zu bahnen. Die Kommunistische Partei Deutschlands muß offen den nationalen selbsthätigen Massen sagen: Wer im Dienste der Schieber, der Spekulanten, der Herren von Eisen und Kohle verjagen will, das deutsche Volk zu verfluchen, es in Abenteuer zu führen, der wird auf den Widerstand der deutschen kommunistischen Arbeiter stoßen. Sie werden auf Gewalt mit Gewalt antworten. Wer aus Unverständnis sich mit den Schlingern des Kapitals verbinden wird, den werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Aber wir glauben, daß die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden. Wir werden alles tun, daß Männer, wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, daß sie ihr helles, uneigennütziges Blut nicht verschütten um die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern um die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker. Die Kommunistische Partei wird diese Wahrheit den breitesten Massen des deutschen Volkes sagen, denn sie ist nicht die Partei des Kampfes um ein Stückchen Brot allein der industriellen Arbeiter, sie ist die Partei der kämpfenden Proletarier, die um ihre Befreiung kämpfen, um die Befreiung, die identisch ist mit der Freiheit ihres gesamten Volkes, mit der Freiheit aller, die arbeiten und leiden in Deutschland. Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß Hunderte Schlageter sie vernehmen und sie verstehen werden ... (Allgemeiner Beifall der Erweiterten Exekutive.)

### Sieben Todesurteile

Das französische Kriegsgericht in Raing hat vorgestern wegen angeblicher Attentatsversuche auf die Eisenbahn im besetzten Gebiet sieben Deutsche zum Tode und einen zum lebenslänglichen Zuchthaus verurteilt. Die Verurteilten stammen aus dem unbefetzten Deutschland: Die sieben zum Tode Verurteilten sollen Mitglieder des Freikorps Oberland (Gruppe Hanssattl'scher Freikorps) sein. Wieder sieben "Wanderer ins Nichts". Wieder sieben Opfer imperialistischer Politik. Der passive Widerstand ist nur eine halbe und stumpfe Waffe, so sehr auch die Helben der 2. Internationale versichern, daß er der Weisheit letzter Schluss sei. Aber nicht der Attentismus einzelner — auf dem Hintergrund des schamlosen nationalen Betrats der bürgerlichen Klasse als solcher und der Räumung der Widerstandskraft der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Hungerpolitik — kann helfen, sondern nur die revolutionäre Aktion des Proletariats als Klasse, die die Staatsmacht in die Hand genommen hat. An der Seite des deutschen Proletariats ist seine Machteroberung kämpfen: das ist des einzigen Weg, den zum Ziel führt.

# Attentat auf einen belgischen Militärszug

Paris, 30. Juni. (W.F.B.) Der Agentur Havas wird aus Duisburg berichtet: Heute nacht 2 Uhr explodierte auf der Linie Duisburg-Essen ein Waggon in der belgischen Zone im Innern eines Wagens eines Urtaubes zugesetzt kurz nach der Ausfahrt aus Duisburg auf der Rheinbrücke eine Bombe. Der Waggon wurde vollkommen zerstört. 9 belgische Soldaten wurden getötet und 25 schwer verletzt. Ein Wachtrossen, der die Brücke bewachte, wurde durch ein Eisenstück getötet.

Nach Mitteilung der „Zeit“ und der „Deutschen Zeitung“ sollen mindestens 50-60 Personen getötet worden sein.

Die Teilnehmer sind zur Festnahme von 20 Personen gefordert, darunter befinden sich der Landgerichtsdirektor, der Oberstaatsanwalt, der stellvertretende Bürgermeister und eine Anzahl von Beamten. Der belgische kommandierende General des Brückenkopfes Duisburg hat den Belagerungszustand über Duisburg verhängt. Bis auf weiteres sind sämtliche Theater, Kinos, öffentliche Gastwirtschaften geschlossen. Der Straßenverkehr ist stillgelegt, der gesamte Verkehr strengen Beschränkungen unterworfen.

Nach neueren Meldungen aus Duisburg ist der Zug, der im Augenblick der Sprengung die Rheinbrücke Duisburg-Hoßfeld passierte, ein Militärtransportzug gewesen.

Der Besatzung des französischen Militärs ist die französische Agentur Havas nachdrücklich die Mitteilung verbreitet, dass Anglisten durch die Explosion eines Gasbehälters verulastet worden.

## Poincaré — Dorten

Die englische konservative Zeitung „Observer“ veröffentlicht einen Geheimbericht des französischen Oberkommissars im Rheinland, Straß, an die französische Regierung über dessen Beziehungen zu dem berüchtigten Rheinlandparlament Dr. Dorten. Das Dorten ist ein französischer Söldling gemeinsten Art, unterlag seit jeher keinem Zweifel. Eberth ist es kein Geheimnis, daß es in der französischen Regierung Elemente gibt, die den Versailler Vertrag durch eine Zurückführung Deutschlands „ergänzen“ möchten und für diese Zwecke beträchtliche Pfründe im Rheinland wie in Bayern ansetzen. Daher zweifelt auch niemand an der Echtheit des durch den „Observer“ veröffentlichten Dokumentes, trotz der unaufrichtigen Elemente der französischen Regierungspresse und des französischen Außenamtes.

Politisch interessant ist die Veröffentlichung des Dokumentes in einem der englischen Regierung nahestehenden Blatt und gerade in diesen Augenblick. Es ist offenbar ein Schachzug auf dem Balken, der dadurch die Verständigung mit Frankreich in der Reparationsfrage auf einer Linie erreichen will, die dem englischen Standpunkt näher liegt als dem französischen. Durch die Entlassung der französischen Machenschaften in Deutschland soll das politische Moment, das die französische Forderung in der Reparationsfrage mitbestimmt, kompromittiert und verdrängt werden, das rein wirtschaftliche und finanzielle soll mehr in den Vordergrund geloben werden.

Zusammenzufolge soll der sozialdemokratische „Populaire“ in einem eingehenden Artikel Poincaré verteidigen und die Behauptung aufstellen, weder die französische Regierung noch Trianon hätten mit Dorten gearbeitet. Dagegen schreibt unsere „Humanität“ in einem Leitartikel: „Die Anlagen der englischen Zeitungen werden solange zu recht bestehen, als die französische Regierung in Deutschland Agenten unterhält, um die deutsche Reichsregierung zu zerstören. Was sind französische Kommunisten anbelangt, so ist es für uns eine wesentliche Pflicht, diese Mandarinen unserer Regierung zu verurteilen. Dadurch, daß sie mit unseren Stützpunkten wie Dr. Dorten und Sweets oder Reaktionen wie Heim und Hiler bezaubert, um einen deutschen Treuebündnis zu gründen, schafft sie nur eine neue Gefahr für den europäischen Frieden.“

Die Enthaltungen des „Observer“, die zu nichts Neues bringen, sondern das längst Bekannte bestätigen, werden eine neue Bewirkung in die ohnehin kopflose deutsche Politik hineintragen. Die einen werden den Übergang zu einem aktiver Widerstand fordern, da ja so wie so mit den Franzosen nichts anzufangen ist; die anderen — der „Vorwärts“ voran — die gestern eine direkte Verständigung mit Paris strikt empfohlen, werden wieder ihre Sympathien auf die demütigende Großmacht jenseits des Kanals verlegen und wieder einmal von ihr die Erlangung erträglicher Bedingungen für die letzte Kapitulation erhoffen.

## Ein Volksgericht über einen Dolgen!

Die der amtliche preussische Pressebericht mitteilt, werden in den nächsten Tagen, namentlich in den Ruhr- und Ostpreußen, ganze Häuser gemietet, um in den Räumen ein Gericht zu veranstalten. Eine Verfügung des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten ordnet unaufrichtiges Verhalten gegen die Bevölkerung von Blutschuldigen an. — Verfügungen sind in solchen Fällen Regierungen mit trübender Prozedur, Proletarische Kontrollkommissionen und proletarische Komitees müssen die Unvermeidlichkeit anerkennen.

# Die sozialdemokratische Presse



Nach der einen Seite:

Seid auf der Hut vor den Kommunisten! Weidert „wilde“ Streiks und Kämpfe gegen die Ausbeutung! Nieder mit den proletarischen Hundstücken! Blied vor allem nicht nach Moskau, sonst könntet Ihr auf schlechte Gedanken kommen!

Nach der andern Seite:

Nachdem die führenden Häuser des Großhandels uns durch laufende Inseratenaufträge unterstützen, wird auch die Schwerindustrie nicht abgeneigt sein, uns durch Zuteilung besonderer Geldmittel die Erfüllung unserer im Interesse des Volks ganz liegenden Aufgaben zu ermöglichen. Wir sind alle Republikaner!

## Der Kampf in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 2. Juli

Am Sonntag, den 1. Juli fand in Berlin eine Funktionärskonferenz des Metallartells statt, die sich mit der Situation in der Berliner Metallindustrie beschäftigte. Es wurde eine provisorische Streikleitung gewählt, der Streik selbst aber noch nicht beschlossen. Es sollen erst noch die am Montag zwischen dem Reichsarbeitsministerium, dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Metallartell stattfindenden Verhandlungen abgewartet werden. Wie bei der letzten Lohnbewegung, so scheint auch jetzt die Leitung des Metallartells ihre Aufgabe darin zu erblicken, die Arbeiterchaft vom Kampfe abzuhalten. In der Urabstimmung erklärten sich die Metallarbeiter mit 2/3 Mehrheit für den Streik.

Die Arbeiterchaft kann nicht länger mehr mit dem Hinweis auf die Verhandlungen um die „wertbeständigen Löhne“ verdrängt werden. Die strengen Bedingungen der Unternehmer, die für das „Zugeständnis“ des Inzidenzes, das gar kein Zugeständnis ist, die Aufhebung des Achtstundentages, der Demobilisierungsbefristungen und der letzten Reste der Zwangswirtschaft fordern, haben die Verhandlungen ins Stocken gebracht, so daß in absehbarer Zeit überhaupt kein irgendwie geartetes Resultat zu erwarten ist. Lange qualvolle Wochen sind für die Arbeiter seit der Einleitung der neuen Schwimbelpropaganda verlaufen und heute muß selbst ein eingetretener Arbeitsgemeinschaftler wie Kurt Feinig im „Vorwärts“ ausrufen, daß es gewisslos wäre, die Arbeiter heute zu bitten, weiter zu warten. Sie müßten um die Erhaltung der Kaufkraft ihres Lohnes kämpfen.

Die Forderung des Metallartells: 10000 Mk. Stundenlohn, ist ungenügend und von der Forderung längst überholt.

## Die sozialdemokratische Führerschaft lüdt die Einheitsfront zu zertrümmern

Bei der Beratung der Kommandierung für die auf Ende November anberaumten Gemeindevahlen in Preußen haben die Sozialdemokraten es in Gemeinschaft mit den übrigen Koalitionsparteien durchgesetzt, daß die bisher unlösliche Listenverbindung beseitigt wurde. Unsere Genossen verdrängen im Gemeinbewusstsein des preussischen Landtages immer wieder, die Sozialdemokraten davon zu überzeugen, daß durch Beseitigung der Listenverbindung nur erreicht werde, daß die Arbeiterstimmen, die bisher einer der Arbeiterlisten zugute kamen, nunmehr verloren gehen würden, wogegen das Vorgehen durch Eingebung der Listenverbindung, um Stimmenzerpflünderung zu vermeiden, sich fast überall zu einer Einheitsliste zusammenfassen würden. Die Sozialdemokraten aber blieben verstockt. Teils erklärten sie offen, was einer Einheitsliste mit uns in Form einer Listenverbindung nicht wissen zu wollen, teils suchte sie ihre Feindschaft gegen die Einheitsliste mit allerhand Ausreden zu bemänteln. In übrigen läßt sie so, als ob sie an die Einheitsliste des Bürgertags nicht so recht glauben. Und was sehen wir jetzt? Noch liegen die preussischen Kommunalwahlen in weiter Ferne. Aber in vielen Provinzen treten schon die bürgerlichen Parteien zur Aufstellung gemeinsamer Listen miteinander in Verhandlung. In zahlreichen Gemeinden ist bereits die Aufstellung einer einheitlichen Bürgerliste beschlossen. In der Provinz Hannover hat die Verabschiedung der Bürgervereine unter französischem Besatz für sämtliche Städte und Dörfer der Provinz einheitliche Bürgerliche Kandidatenlisten beschlossen. Was wir Kommunisten vorausgesetzt haben, ist wiederum eingetreten. Der Bürgerliche treten geschlossen auf, ihnen geht nicht eine einzige Stimme verloren; die Proletarier aber müssen, da die Sozialdemokraten die Listenverbindung zu Fall gebracht haben, mit getrennten Listen in den Kampf treten. Da in vielen Gemeinden Bürgerliche und Proletarier sich die Wage halten und schon jetzt in zahlreichen Fällen ein einziger Kandidat über proletarische oder bürgerliche Mehrheit entscheidet, wird in vielen Dörfern und Städten eine bürgerliche Mehrheit

kommen, wo bei Listenverbindung eine proletarische Mehrheit hätte zustandekommen müssen. So hat die sozialdemokratische Führerschaft durch ihren Haß gegen die Einheitsfront die Interessen des Proletariats aufs schwerste geschädigt.

## Die Hungersnot im Juli

Wie jeder Monatsanfang, hat auch der neue Monat dem Proletariat neue ungeheure Steigerungen der notwendigsten Lebensmittel gebracht. Vom Montag, den 2. Juli ab, kostet ein Pfund Markenbrot 875 Mark, anstatt bisher 650 Mark, und eine Markenscheibel 235 Mark, anstatt wie bisher 150 Mark.

Wenn im Juli die große Mehlpreiserhöhung kommt, dann soll eine abermalige Erhöhung des Brotpreises eintreten.

## Auch der Milchpreis steigt weiter

Die Milchpreiserhöhung ist für die Zeit von Sonnabend, den 30. Juni, ab folgende: Erzeugerpreis 2095,22 Mk., Molkepreis 2199,98 Mk., Großhandelspreis 2558,16 Mk., Verkaufspreis 2720 Mk. (bisher 2460 Mk.).

## Ein 20-Markstück = 550 000 Papiermark!

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 2. Juli d. J. ab bis auf weiteres, zum Preise von 100 000 000 für ein Zwanzigmarkstück, 275 000 für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

## Das Treiben der Fasziisten in Hamburg

Die Hamburger Fasziisten tanzen dem Hamburger Senat auf der Nase herum. Verboten er ihre Veranstaltungen in Hamburg, so marschieren sie vor der Türe unmittelbar in der Nähe Hamburgs. So war auch eine Veranstaltung der Stahlhelm-Leute verboten worden, aber in Wandstedt, an der preussischen Grenze, konnten sich die Fasziisten unso angefordert versammeln. Jüngst hatten nun die Bismarckianer einen großen militärisch ausgeprägten Aufmarsch mit Feldbienenstöcken und anschließendem Feldgottesdienst nach Buzthude und Eberbrügge in der Nähe von Hamburg. Delegationen aus dem ganzen Reich waren erschienen. Die Eisenbahnverwaltung hatte einen Extrazug von Hamburg nach Buzthude zur Verfügung gestellt. Unter Vorantritt von zwei Kompanien in Reichswehruniform, feldmarschmäßig ausgerüstet, von Offizieren geführt, bemante sich ein Zug von zirka 5000 Zivilpersonen von Buzthude nach Eberbrügge, wo er von der Bauernschaft feierlich begrüßt wurde. Auf dem Schützenplatz in Eberbrügge fand mittags ein Feldgottesdienst statt, geleitet von dem Eberbrügger Pfarrer. Nachmittags machte man Geländebewegungen in der Umgegend. Als Abjchlus ließ der wegen nationalsozialistischer Umtriebe zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte Alfred Rasche eine Heerde auf die Arbeiterchaft und die Republik los. Den Mannschaften wurde der Eid abgenommen, im Geiste Schlagworts wirken zu wollen. Erst in der Dunkelheit zogen die einzelnen Formationen, nationalistische Wiederlinge, ab.

Der Senatsrat verbietet die proletarischen Hundstücken sein Parteigenosse, der Hamburger sozialdemokratische Parteigenosse, mit demgleichen Herr Senatsrat in Preußen und der sozialdemokratische Parteigenosse in Hamburg gestatten den Fasziisten, daß sie die Republik verhöhnen. Vor den Augen der Arbeiterchaft vollzieht sich unter dem Schutze der sozialdemokratischen Regierungsmänner der Anmarsch der Konterrevolution.

## Truppenausporte gegen wen?

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag haben Reichswehrtruppen, von Dresden über Meisa kommend, Chemnitz passiert. Es war Infanterie, Maschinengewehrabteilungen und Artillerie. Die Truppen sollen nach Thüringen und Bayern gehen. In der vergangenen Nacht sollten wieder Truppen durch Chemnitz nach Thüringen, und zwar nach Rudolstadt gehen.

Wir fragen die Regierung: Ist sie von diesen Truppenbewegungen unterrichtet? Was haben diese Bewegungen zu bedeuten? Die Arbeiterchaft hat ein Recht darauf, zu erfahren, was vorgeht.

## Gemeinsamer Selbstschutz in Meisa

Die Bildung gemeinsamer proletarischer Hundstücken in den Betrieben ist in Meisa nach örtlichen Verhandlungen zwischen B.S.P. und K.P.D. beschlossen worden. Für den gemeinsamen Selbstschutz werden Maßnahmen vereinbart.

## Die Essener Metallarbeiter an die Gesamtarbeiterschaft

In der Ortsverwaltungssitzung des D.M.V. Essen vom 21. Juni 1923 wurde mit allen gegen 1 Stimme die folgende Entschliessung zur Weiterleitung an den D.M.V. und Veröffentlichung in der Arbeiterpresse angenommen:

„Der ungeheure Marksturz wird von den mächtigsten Kapitalisten Deutschlands unter Ausnutzung des Raubzuges der französischen Imperialisten benutzt herbeigeführt.“

Die Regierung Suno kann und will nicht Straftafel zur Stabilisierung der Mark übernehmen, weil sie das Werkzeug der Großindustriellen ist. Das gesamte deutsche Proletariat und sogar das Kleinbürgertum wird vom deutschen Großkapital und seiner Regierung bewußt und mit Willen in grenzenloses Elend gebracht, damit die Industriellen ihren im sogenannten Garantieangebot zum Ausdruck gekommenen Plan ausführen können. Nur der Zusammenbruch der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu einer unerschütterlichen Einheitsfront und ihr Kampf mit allen Mitteln kann die ungeheure Gefahr, in der die gesamte deutsche werktätige Bevölkerung sich befindet, beseitigen.“

Aus diesen Grunde stellt die Ortsverwaltung Essen des D.M.V. folgende Forderungen an die Leitung des D.M.V.:

1. Der D.M.V. hat sofort mit allen übrigen auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlichen Organisationen und den Arbeiterparteien eine gemeinsame Konferenz einzuberufen zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront der gesamten deutschen Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung und gegen die im „Industrieangebot“ zum Ausdruck gekommenen Pläne der Industriellen.

2. Der D.M.V. setzt sich zum Ziel die Bekämpfung eines Mindestlohnes für alle deutschen Arbeiter in der Höhe des durchschnittlichen Reallohnes der Vorkriegszeit. Die Konferenz hat das nächste Kampfziel, das eine bedeutende Annäherung an den Friedensreallohn darstellen muß, festzusetzen und sofort alle Maßnahmen zur Einsetzung aller Kampfmittel der Arbeiterchaft für die Erämpfung dieses Zieles zu ergreifen.

3. Gleichzeitig muß die Konferenz alle Maßnahmen ergreifen, um die Erfassung der Sachwerte, d. h. die Beteiligung des Staates an den industriellen und landwirtschaftlichen Großbetrieben und den Großbanken in der Höhe von mindestens 51 Prozent ihres Kapitals unter Kontrolle von Organen der Arbeiterchaft zu bringen. Da eine wirkliche Erfassung der Sachwerte unter einer bürgerlichen oder Koalitionsregierung nicht möglich ist, muß gleichzeitig der Kampf zum Sturz der Regierung Suno und für die Errichtung einer Reichsarbeiterregierung aufgenommen werden.“

## Bauangestellte für Friedensreallohn

Berlin, 2. Juli

In einer Berliner Mitgliederversammlung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bauangestellten vom 27. Juni wurde eine Entschliessung angenommen, wonach der entlassene Kampf für die Wiederherstellung der Reallohn der Vorkriegszeit gefordert wird. Mit aller Energie müsse der Kampf gegen die Profittier des Unternehmertums und die mit ihm verbundene Regierung geführt werden.

Die Bauangestellten sind heute gewiß noch über jeden Verdacht erhaben, etwa Kommunisten zu sein.

Einen neuen Leser! Genosse, vergiß es nicht!

## Betrieb - Gewerkschaft

### Sind die Bevollmächtigten des DAB. Vertreter der Arbeiter oder Angestellte des Unternehmertums?

Krasser und klarer kann die Arbeitgemeinschaftspolitik der Gewerkschaften nicht enthüllt werden, als das geschieht durch ein Rundschreiben des Verbandes der Eisenindustrie in Hamburg an seine Mitglieder, das in den Besitz unseres Brudersblattes, der „Hamburger Volkszeitung“ gelangte. Das Rundschreiben, das die Zagebuchnummer 10 453 trägt, wird von der „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlicht und lautet:

„Dem Deutschen Metallarbeiterverband ist darüber kluge geführt, daß einzelne Firmen das ihnen durch den Eisenindustriellen mitgeteilte Ergebnis der Lohnverhandlungen an ihre Arbeiter weitergegeben haben. Nach Ansicht des DAB. wird hierdurch seinen Vertretern die Aufgabe erschwert, den Vorschlag in der Vollversammlung zur Annahme zu bringen, da die Arbeiter bereits mit vorgelegten Meinungen in die Vollversammlungen gehen, wenn sie rechtzeitig von dem Verhandlungsergebnis Mitteilung erhalten. Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, berartige Mitteilungen von uns solange vertraulich zu behandeln, als die Vollversammlungen zu dem Verhandlungsergebnis noch nicht Stellung genommen haben.“

Hochachtungsvoll

Verband der Eisenindustrie, Hamburg, Ges. Dr. Mitsche.

Dieses Dokument der Schande zeigt deutlich die Einheitsfront zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmertum. In Hamburg läßt die Gewerkschaftsbürokratie in einer Betriebsratvollversammlung erklären, daß die Rechte der Mitglieder beschnitten werden müßten, auf dem Verbandstage der Holzarbeiter darf Orstmann vom Bundesvorstand des DAB. erklären, der Bundesausschuß habe nicht genügend Vollmachten zum selbständigen Handeln. Und so ist dies Schreiben ein Zeichen, daß es sich bei diesen Äußerungen um einen wohlüberlegten Vorstoß gegen die Rechte der Mitgliedschaften handelt.

Die Gewerkschaftsinstanzen wollen nicht kämpfen. Mit Händen und Füßen wehren sie sich dagegen, daß jetzt endlich die Arbeiter kämpfen wollen. Es genügt ihnen nicht, daß sie die Mitgliedschaften in den meisten Verbänden schon durch die Vertreterversammlungen ausschalteten, sie scheuen nicht davor zurück, das größte Verbrechen zu begehen, um ihr Ziel zu erreichen: die Gewerkschaftsbürokratie verbindet sich mit dem Unternehmertum gegen die Arbeiter. Sie stellt die Eisenindustriellen an, nur ja ihre Betrugsmasche nicht zu führen.

Die Arbeiter, gleich welcher Partei, werden wissen, wenn die Gewerkschaftsbürokratie sich mit dem Unternehmertum verbindet, mit wem sie sich verbunden haben. Sie finden ihren Verbündeten neben sich. Sie werden gemeinsam den Kampf aufnehmen gegen das Unternehmertum. Der Arbeitgemeinschaftschand muß ein Ende gemacht werden.

### Die Breslauer Angestellten vor dem Streik

In einer am 26. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung des DAB. referierte Kollege Kremer über die Frage der wertbeständigen Löhne. Ausführlich erklärte er, was unter Index und Goldlöhne zu verstehen ist, ebenso erklärt er die bekannten Vorschläge des DAB. an die Regierung. Er betonte, genau wie Kollege Reiner in der Vertrauensmänner-Vollversammlung des DAB., daß Lohnfragen Machtfragen seien, und daß die Angestellten die Durchführung dieser Forderungen in harten Kämpfen werden erzwingen müssen. Anschließend an die Ausführungen Kremers, berichtete Kollege Aderholt über den Stand der Gehaltsverhandlungen in Breslau. Breslau hat heute die schlechtesten Löhne in ganz Deutschland, in Oranienburg beispielsweise verdienen die aufständischen Angestellten genau das Doppelte. Aderholt erwähnte, daß die Vertreter der Angestellten bei den Verhandlungen das größte Entgegenkommen den Arbeitgebern bewiesen hatten. Die Kulanz der sonstigen Kaufleute habe sich darin gezeigt, daß diese den Angestellten 2% mehr wie den Handarbeiter bewilligen wollten. Jetzt haben sie sogar, weil unsere Vertreter dieses unerhörte provokierende Anerbieten ablehnten, dieses von 114% Erhöhung auf die Maßgeschäfte, auf 98% herabgesetzt. Die Steuererhöhung ist vom Anfang April bis heute mindestens um 400% gestiegen. Den Arbeitgebern sind diese Tatsachen genau bekannt, sie lassen täglich die Arbeiter

nach dem Dollar fest. Es ist aber bekannt, daß in Breslau die schmutzigsten und niedrigsten Arbeiterlöhne von ganz Schlesiens sind, die veräulerten und verantwortungslosen Elemente haben hier böslich die Oberhand. Am Schluß seiner Ausführungen betonte Aderholt, daß es Sache der Angestellten und Arbeiter sei, die Kapitalisten, die absolut nicht hören wollen, ihre Macht fühlen zu lassen.

In der folgenden Aussprache wurden die Ausführungen Aderholts unterstrichen. Alle Redner betonten, daß es auf das brutale, gewaltlose Verhalten der Arbeitgeber nur eine Antwort gibt, den Streik. Pflicht der gesamten Arbeiterchaft ist es, diesen Kampf der Angestellten in jeder Hinsicht zu unterstützen, besonders durch Boykott der Firmen, die einerseits von dem Konsumenten Wucherpreise nehmen wollen, und sich andererseits von den Angestellten ihre Arbeitskraft schenken lassen wollen.

### Achtung! Arbeiter Schlesiens!

Die Oberschlesischen Arbeitskollegen rufen Euch erneut zur Solidarität auf. Immer noch liegen 200 Kämpfer auf dem Straßenpflaster. Sammelt in allen Werken, in den kleinsten Betrieben und unterstützt Eure Kollegen, die heldenmütig den Kampf durchführten und als Opfer blieben. Familienväter mit bis 8 Kindern leiden noch bittere Not, doch sehen sie ruhig und entschlossen, auf eure Hilfe vertrauensvoll in die Zukunft. Täuscht dieses Vertrauen nicht.

Die Gewerkschaftsbürokraten und ihre Lakaien sabotieren die Sammlungen. Gesammelte Gelder werden statt den Gemahregelten durch diese Gesellen den Verhandlungen zugeführt.

Ein Betriebsrat Breilopi-Olewinow beschlagnahmte die Sammellisten und droht den Arbeitern Entlassung an, die sich weigern, zu sammeln. Gebt diesem Burschen die einzige Antwort: Sammelt schnell und führt sofort, spätestens Mittwoch, die Gelder ab.

Die Auszahlung ist nunmehr zentral geregelt. Alle Gelder sind an Carl Behr-Olewinow, Jätenstraße 2, zu senden. Kein Gemahregelter ist in Zukunft direkt zu unterstützen. So wie sie einheitlich im Kampf standen, wollen die Gemahregelten auch einheitlich zusammenstehen. Eine Kommission von Betriebsräten und Gemahregelten führen die ordnungsmäßige Verteilung der Gelder durch. Ueber eingegangene Beträge wird in der „Schles. Arbeiter Zeitung“ quittiert.

### Die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sollen verreden.

Die Reichsregierung hat ab 25. Juni die Unterstützungssätze für Erwerbslose folgendermaßen festgelegt:

	Ortsklasse		
	A	B	C
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	9000	8400	7700
ohne eigenen Haushalt	7000	7400	6800
unter 21 Jahren	5500	5100	4800
weibl. Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	7800	7400	6800
ohne eigenen Haushalt	6800	6100	5700
unter 21 Jahren	5600	4800	4200
Zuschuß für Ehegatten	3300	3200	3000
Kinder und sonst. Unterhaltungsber. Angehörige	2800	2400	2800

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:

	Ortsklasse		
	A	B	C
Männer über 21 Jahre mit eigen. Haushalt	54 000	50 400	46 200
ohne eigenen Haushalt	47 400	44 400	40 800
unter 21 Jahren	33 000	30 600	28 800
weibl. Pers. über 21 Jahre mit eigen. Haushalt	47 400	44 400	40 800
ohne eigenen Haushalt	39 600	36 600	34 200
unter 21 Jahren	30 000	27 600	25 200
für ein Ehepaar	73 800	69 600	64 200
Ehepaar mit 1 Kind	89 400	84 000	78 000
2 Kindern	105 000	98 400	91 800
3 Kindern	120 600	112 800	105 600

Diese Sätze finden sinngemäß auch Anwendung auf die Erwerbslosenunterstützung. Mit dieser Zerschlagung der Erwerbslosenunterstützung ging die Sozialregierung brutal über alle Anträge und Forderungen der Erwerbslosen hinweg. Was soll heute ein Arbeitsloser mit einer Unterstützung von 8400 Mark pro Tag anfangen, er ist damit dem Verhungern ausgeliefert. Auch Familienväter, die die Lage für die größeren Familien. Die vorstehenden Sätze sind einfach unhaltbar.

Errog der Vertretungen der Vertreter der Erwerbslosen und der kommunistischen Reichstagsfraktion beim Reichsarbeitsminister ist sowohl die Wirtschaftshilfe wie die Rückwirkung der neuen Sätze und Nachzahlung abgelehnt und das, obwohl die Verhandlungen schon Wochen dauern. Wir lenken hiermit erneut die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf die enorme Unterdrückung der Erwerbslosen. Sie bedeutet eine große Gefahr für die ganze Arbeiterchaft.

haben die Pflicht, den verhungerten und in geradezu verzweifeltsten Verhältnissen lebenden Erwerbslosen eine menschenwürdige Unterstützung zu erteilen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird ihrerseits ihren Kampf fortsetzen und erneut einen Entlastungsantrag stellen, um die Regierung zur Umkehrung zu zwingen. In den Arbeitermassen liegt es, mit ihrer arbeitslosen Brüdern aktive Solidarität zu üben.

### Das Ende des parteilichen Streiks der schlesischen Holzarbeiter

Am Sonnabend, den 30. Juni, fand eine Versammlung der Breslauer streikenden Holzarbeiter im Garten des Gewerkschaftshauses statt, in der Bericht gegeben wurde über die Verhandlungen im Oberpräsidium im Beisein des Oberpräsidenten Zimmer.

Wie bei allen früheren Verhandlungen wollte der eine Teil nicht das zugeben was der andere forderte. Den ganzen Freitag ist um die Haut der Arbeiter geschachert worden und eine Einigung wurde zwischen beiden Parteien nicht

erzielt. Ein Schiedspruch des Oberpräsidenten, dem sich beide Teile zu unterwerfen verpflichteten, wurde gefällt. Für Facharbeiter über 22 Jahre sind von 23.—30. 4900 Mk. pro Stunde zu zahlen. Für die erste Woche im Juni beträgt der Stundenlohn 7200. Hier folgen die Abstufungen für Facharbeiter unter 22 Jahre und der Hilfsarbeiter, die nicht bekannt gegeben sind. Das Abkommen läuft eine Woche. Die Arbeit wird am Montag, den 2. Juli wieder aufgenommen.

### Neue Lohnsätze in der Herren- und Damen-Waschschneiderei

Vom 24. Juni ab gelten folgende Löhne: Spitzenlöcher: Herrenmaschineller 5700 Mk. pro Stunde, Damenmaschineller 5900 Mk., Damemaschineller 6900 Mk. Spezialstärkte Löhne sind in den Geschäftstagen (von 6—7 Uhr abends, Sonnabends von 2—3 Uhr nachmittags) des Bekleidungsarbeiterverbandes, Marktstraße 4 (Warschauerplatz), erhältlich.

## Die Bergarbeiter und das Reichs-Knappschaftsgesetz

Als ein besonderer Vorzug des Reichs-Knappschaftsgesetzes wird von allen seinen Befürwortern das Selbstverwaltungsrecht gepriesen. Wie es damit ausfällt, zeigt schon die Tatsache, daß der Vertreter des Grubenkapitals, der deutsch-nationale Grubendirektor Leopold, sich ganz besonders betrieblig über das im Gesetz festgelegte Selbstverwaltungsrecht ausspricht, und er hatte wirklich alle Ursache dazu, denn im Paragraph 102 des Gesetzes wird festgelegt, daß Vorstand sowie Hauptverwaltung je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten-Vertretern sich zusammensetzen müssen. Im Paragraph 107 wird dann weiter bestimmt, daß der Vorstand seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit zu fassen hat. Praktisch werden die Dinge so werden, daß die Arbeitgeber alle Entscheidungen, die von den Arbeitern vertreten beantragt werden, ablehnen werden, und nur dann ihre Zustimmung geben werden, wenn sie ihnen nicht schaden. Also in dem Vorstand oder der Generalversammlung werden die Arbeitervertreter in Zukunft genau so wenig zu erreichen können, wie das bisher der Fall war. Dringen sie mit einem Antrag nicht durch, so kann nach wiederholter Abstimmung der Reichsarbeitsminister als Entscheidungsinstitut angerufen werden. Wie der dann entscheidet, darüber sind die Bergarbeiter wohl nicht im Zweifel, Beweise genug hat der Arbeitsminister auch in dieser Beziehung schon geliefert.

Die Sozialdemokraten haben nun gemeint, durch Einfügung von zwei weiteren Absätzen in den Paragraph 107 den Arbeitervertretern mehr Rechte zuzufügen zu lassen. Darin wird gesagt, Abs. 2 des Paragraph 107: „Eine Mehrheit von zwei Dritteln der dem Vorstand angehörigen Stimmen ist erforderlich bei der Auslegung von Satzungsbestimmungen“. Abs. 3: „Eine getrennte Abstimmung in den Gruppen der Arbeitgeber und Versicherten und eine Mehrheit in beiden Gruppen ist erforderlich, 1. bei der Abstimmung über Errichtung besonderer Krankenkassen, 2. bei der Anstellung leitender Beamten“.

Diese Bestimmungen sind so nichtig, daß die Grubenherren sie leicht schlucken konnten, denn praktisch werden die Grubenherren niemals eine Zweidrittelmehrheit erhalten, sei es, daß die Arbeitervertreter mit ihnen stimmen. Aber auch die Arbeitervertreter werden keine Grubenherren für sich gewinnen, sobald auch sie nie eine Zweidrittelmehrheit erlangen. Im besten Falle könnte nach den Bestimmungen unter 2 in Absatz 3 durch die Arbeitervertreter verhindert werden, daß die Grubenherren leitende Beamte ohne die Zustimmung der Arbeitervertreter in die Verwaltung legen. Doch wenn auch hier kein Beschluß herbeigeführt wird, so ist die Entscheidung beim Reichsarbeitsminister.

Von einer wirklichen Selbstverwaltung konnte nur die Rede sein, wenn der kommunistische Antrag angenommen worden wäre, der dahin ging, daß Vorstand und Hauptversammlung aus Vertretern von Knappschafts- und Angestelltenvertretern zusammengesetzt sind, auch der sozialdemokratische Redner mußte anerkennen, daß die kommunistischen Forderungen berechtigt sind, aber wie immer fanden die Sozialdemokraten nicht den Mut, dafür einzustehen, obwohl es ihre eigenen seit Jahrzehnten erhobenen Forderungen sind. Auch sie verfallen jetzt in das Wagnis, das die Grubenherren und

die Herrschaften vom Zentrum immer in den Vordergrund stellen, daß, wenn die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zahlen, sie auch die Hälfte der Güter in den Organen des Knappschaftsvereins haben müssen. In Wirklichkeit zahlen die Grubenherren keinen Pfennig in die Knappschaftskassen. Das, was sie zahlen, ziehen sie doch den Arbeitern von vornherein vom Lohne ab. Wer die Knappschaftskasse füllt, sind die Arbeiter allein. Sie sind aber auch diejenigen, für die die Knappschaftskassen geschaffen sind. Daher gehört auch ihnen allein die Verwaltung, denn nicht für das Alter und die Gesundheit der Grubenkapitalisten, sondern für die Arbeiter sollen die Knappschaftskassen sorgen.

Ein weiteres Kapitel ist die Aufbringung der Kosten, d. h. der Gelder, die notwendig sind, um die Witwen, Waisen und Invaliden pensionen zahlen zu können. In dem Gesetz wird zur Deduktion der Grundrente an dem Erwerbsfähigkeitsbedarf jeder erfahren festgehalten. Die Steuerzuschüsse sollen durch Umlageverfahren aufgebracht werden. — Die meisten Bergarbeiter haben sich bisher kaum Kopfschmerzen darüber gemacht, auf welche Art die Gelder aufgebracht werden, die zur Zahlung der Renten notwendig sind. Aber gerade in der Art der Aufbringung der für die Pensionen benötigten Gelder liegt ein ungeheurer Vorteil für die Kapitalisten und eine große Ausbeutung der Notlage der Arbeiterchaft. Das Umlageverfahren bedingt die Knappschaftskasse, soviel Beiträge zu erheben, daß alle Ansprüche, die noch in Zukunft entstehen, schon von vornherein durch angelegene Kapitalien abgedeckt werden. Nach diesem Rezept ist schon bisher in allen Knappschaftsvereinen verfahren worden. Wozu das geschieht hat, sei hier gezeigt.

Der Bochumer Knappschaftsverein hatte vor dem Krieg Gelder angehäuft, angeblich, um die Renten sicherzustellen. Die Pensionskasse, Abteilung Arbeiter allein hatte am Schluß des Jahres 1916 ein Vermögen von 27 350 129 Mk. Dies waren vollwertige Goldmark, die nicht in irgend einem Geldschrank aufbewahrt wurden, sondern von der Knappschaftskasse an die Erwerbslosen meist zu sehr niedrigen Zinssätzen verliehen waren. Die Erwerbslosen hat mit diesem Gelde gearbeitet und noch riesige Gewinne gemacht. Nach dem Kriege setzte die Entwertung der Mark ein. Die Erwerbslosen besitzt die Goldmarken des Knappschaftsvereins, zahlte sie höchsten in launigen Papiermarken wieder zurück. Den Bergarbeitern sind die 27 350 129 Mark, die zur Sicherung ihrer Renten aufbewahrt werden sollten, gestohlen. Dies zeigt der Jahresbericht von 1921. Obwohl in den Jahren 1919, 1920 und 1921 durch dauernde Wertgrabschönungen neue Papiermarkenmillionen aufgestapelt wurden, hatte die Pensionskasse, Abt. Arbeiter, am Schluß 1921 nur ein Vermögen von 361 147 146 Mark. Hätte die Pensionskasse den Wert ihrer 27 350 129 Mark behalten, dann hätte allein diese Summe im Dezember 1921 mindestens 1 Milliarde und 400 Millionen Papiermark repräsentiert. Die Knappschaftskasse wäre in der Lage gewesen, wenn auch in Papiermarken, doch halbiertes dieselben Renten zu zahlen wie vor dem Kriege. Die 361 Millionen aus dem Jahre 1921 sind den Kapitalisten durch die Markentwertung über auch (vor lang in den Taschen gefallen. Sie betrug 165 500 000 Mark, das ist der Betrag, den die

\*) Siehe Nr. 149 der „Schl. A.Z.“

Daß wir nicht diesen, sondern den Kapitalisten selbst wieder zu Gute kommen.  
Wir haben nun hier die Summe der Verhältnisse. 1000 Arbeiter, zum Vergleich ge- nommen. Wenn man alle Klassen des Knapp- schäftsberufs, Krankenversicherung und Inva- liditätsversicherung dazu nimmt, so sind die Sum- men, um die die Gesamtheit betrogen worden ist und es heute betrogen wird, bedeutend größer. Dessen Schwindel hätte abgeholfen werden können, wenn der kommunistische Antrag angenommen worden wäre, nach dem die Bei- träge ausschließlich von dem Arbeitgeber durch- einzulagern sind. Doch auch hier können die Sozialdemokraten mit den Herren vom Or- dentelapital zusammen und lehnten die kommu- nistischen Anträge ab.  
In Bezug auf die Krankenkasse hätte vor allen Dingen hineingebracht werden müssen, daß das Krankengeld, wenn nicht den vollen Lohn, so doch einen bestimmten Prozentsatz des Durchschnittslohnes betragen müßte. Statt dessen beläuft es der Paragraph 14 Abs. 1 des Gesetzes vollkommen beim alten. Also wer- den auch in Zukunft die Grubenarbeiter in der Hand haben, die Krankengelder der Kum- pels zu sehen und für sich riesige Vermögen anzusammeln. Der Geschäftsbericht für 1921 des Bochumer Knappschaftsvereins zeigt auch hier,

welcher Schwindel getrieben wurde. In Beltri- gen waren in dem Jahre für die Krankenkasse eingegangen von den Arbeitern 160 633 127 M. Von den Arbeitgebern 159 988 016 M., zusammen 320 621 143 M. An Krankengeld wurde aber nur gezahlt 82 373 186 M., an Krankenhauspflegekosten 40 449 158 M., an Wochenhilfe 16 087 015 M. und weiter einige Summen von 1 bis 4 Millionen M. an Sterbe- geld, Heilanstaltspflege und sonstiges. Es ver- blieb ein Ueberschuß von 128 277 712 M. Dies zeigt, daß das Krankengeld, das die Kranken- kumpels im Jahre 1921 bezogen haben, drei- mal so hoch sein konnte, ohne nur einen Wenig höheren Beitrag zahlen zu brauchen. Die 128 Millionen hat die Großindustrie durch die Marktentwertung beschafft, anstatt sie den Kranken Kumpels zukommen zu lassen.  
Mit diesem Mißstand aufzukommen, wäre die Aufgabe des Reichstages bei der Verabschie- dung des ReichsKnappschaftsgeleges gewesen. Nur wenn der kommunistische Antrag angenom- men worden wäre, in dem verlangt wurde, daß 80 Prozent des Durchschnittslohnes der beir- Arbeiterskategorie, der der Kranke angehört, als Krankengeld gezahlt wird, hätte der Berg- arbeiter eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit gehabt.

In die Nacht hinein Monarchistenleber geätzt. Die monarchistischen Krüppel verlusteten auch mit Genossen, die sich eine Kritik erlaubten, eine Prügelei zu provozieren. Die Patienten der Hauptanstalt erhielten zu der Feier bis 11 Uhr abends Urlaub. Die Anstaltslei- tung hat damit wieder einmal bewiesen, wie es mit ihrer logenanimten Neutralität in Wirklich- keit bestellt ist. Während zwei Wochen, die sich an der Maffeler beteiligten, aus der An- stalt herausplagen, unterstützt die Heilanstalt den monarchistischen Kummel durch Beurlaubung von Patienten. Auch der Abendurlaub wurde unseren Genossen am 1. Mal betweigert. Es wäre wirklich besser, wenn Herr Dr. Busch, anstatt monarchistische Veranstaltungen zu unterstützen, sich lieber dafür interessieren würde, daß die ungeheuren Mängel in der Verpflegung proletarischer Patienten endlich be- seitigt werden.  
— Die Zustände in der Lungen- heilanstalt Bremer. Wir haben uns schon wiederholt mit den Zuständen in genannter An- stalt beschäftigt. Heute wird uns folgendes mit- geteilt: Die Lungenheilanstalt Bremer beut die weiblichen Angestellten in unerhörter Weise aus. Mädchen im Alter von 15 bis 20 Jahren müssen von morgens 1/2 bis abends 1/8 Uhr, also 11 Stunden täglich arbeiten und erhalten dafür Gehälter von 16 bis 21 000 M. Kost und Logis ist frei. Wie die Kost beschaffen ist, steht natürlich auf einem andern Blatt. Ein Mädchen bekommt wöchentlich ein Brot und 160 Gramm Fett. Wurst usw. ist Luxus. Auch über anderen Speisen wird sehr geklagt. Ebenso la- sen die hygienischen Verwaltungsmaßnahmen sehr zu wünschen übrig.  
Wie uns mitgeteilt, soll das Personal weder Verhaltensmaßnahmen noch Sicherheitsmittel bekommen, um sich vor Ansteckung zu schützen. Es wird sogar behauptet, daß das Personal daselbst sich gegenseitig benutzt aus dem schwer- tuberkulösen Kranke essen. Wir fordern, daß die Zustände in der Bremer'schen Lungenheilanstalt sofort von unparteiischen Spezialärzten unter- sucht werden, damit der Ansteckung junger, im Wachstum begriffener Mädchen vorgebeugt wird.

allermerken lassen die Klassenkämpfe. Die Ge- meinderäte, welche diesen Kummel mitge- macht haben, beobachtet werden, und ihnen bei den künftigen Wahlen für Arbeiter überhaupt nicht in Frage kommen. Wenn man so einen verbohnten SPD-Mann fragt, was sagst du zu diesem Kummel am Sonntag, wenn eure Genossen solchen Kummel mitmachen, dann erhält man nur die charakteristische Antwort: Obert singt ja auch Deutschland über alles.  
In einigen Wochen hat man schon wieder einen solchen Kummel von Seiten des Krieger- vereins in Heshammer geplant. Dann, Ar- beiter, seid besser auf der Hut und verhindert solche Veranstaltungen!  
Wüstegiersdorf. Wer erspittert? Am 24. Juni fand hierorts eine außerordentliche Jah- resversammlung statt, die sich mit der durch den Streik hervorgerufenen Lage der Verbands- mittelglieder gegenüber der Bezirksleitung des alten BVB, beschäftigte. Der als Referent erschienene Kollege Weimann bemühte sich in 1 1/2 stündigem Referat, das verräterische Verhalten der Bezirks- leitung den Strellenden gegenüber zu entschuldigen, mußte aber in der Diskussion erkennen, daß die anwesenden Kameraden mit seinen Ausführungen durchaus nicht einverstanden waren. Sämtliche Diskussionsredner wandten sich scharf gegen ein ferreses Verhalten der Bezirksleitung und ver- langten deren schleunigste Abberufung. Es ließ auch ein Antrag ein, der die baldmöglichste Ein- berufung einer Revierkonferenz verlangte, um über die durch das schändliche Verhalten der Bezirksleitung hervorgerufenen Fragen zu nehmen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme und wurden sogleich drei Kameraden aus der Mitte der Versammlung gewählt, die außer dem Vor- sitzenden die Konferenz als Gäste besuchen sollen. Da sämtliche Unteroffiziere ihr Amt niederlegten, sieht sich die Ortsverwaltung gezwungen, die Ver- bandsbeiträge bis zur hoffentlich bald stattfindenden Konferenz einzufrieren. Da die Verbandsbeiträge bis zur hoffentlich bald stattfindenden Konferenz einzufrieren, sieht sich die Ortsverwaltung gezwungen, die Ver- bandsbeiträge bis zur hoffentlich bald stattfindenden Konferenz einzufrieren. Da die Verbandsbeiträge bis zur hoffentlich bald stattfindenden Konferenz einzufrieren, sieht sich die Ortsverwaltung gezwungen, die Ver- bandsbeiträge bis zur hoffentlich bald stattfindenden Konferenz einzufrieren.

## Aus der Provinz

### Wo wird gefilmt?

- Das Programm bringt 1. den Arbeiter-An- leihklub; 2. Fünf Jahre Sowjetrußland; 3. Die Wunder des Soldaten Ivan.
- Die Eintrittspreise sind die gleichen wie in den bürgerlichen Kinos. Die Vorstellungen werden stattfinden:  
Dienstag, den 3. Juli in Oetwitz, „Rote Welt“.  
Mittwoch, den 4. Juli, in Oppeln, „Zur Er- hölung“.  
Donnerstag, den 5. Juli, in Neustadt bei Kalbe.  
Freitag, den 6. Juli, in Langenbielau, „Winters- solal“.  
Samstag, den 7. Juli, in Peterswaldbau in Kino.  
Sonntag, den 8. Juli, in Gottesberg, „Gute Laune“ in Ober-Hermsdorf.  
Montag, den 9. Juli, in Freiburg, im Na- tionaltheater.  
Dienstag, den 10. Juli in Waldburg im Nationaltheater.  
Mittwoch, den 11. Juli in Jahnau.  
Donnerstag, den 12. Juli, in Sieglitz, Volks- haus.  
Freitag, den 13. Juli, in Schmiedeberg, im Schreiber Hotel.  
Samstag, den 14. Juli, in Hirschberg, Ver- beiter Hof.  
Genossen, entfaltet überall eine rege Proba- ganda, sorgt überall für ein ausverkauftes Haus.

**Kösel bei Breslau. Berichtigung.** In dem Artikel „Nationalistischer Kummel“ war dem Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen. Es war irrtümlich behauptet worden, daß der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Mische sich an dem nationalistischen Kummel beteiligte. Das ist falsch. Nicht der Gemeindevorsteher, sondern der Gemeindevorsteher Wilhelm Fender hat es sich nicht nehmen lassen, mit dem Eisen- wagen Kreis wachpostieren.

**Striegau. Mitgliederversammlung.** Die Mitgliederversammlung am 17. Juni befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Referat über die politische Lage, 2. Organisatorisches, 3. Bericht von der Vorstand- und Kreisversammlung, 4. Ver- schiedenes. Über die politische Lage referierte Genosse Thomaß, der in seinem Referat auf die Hauptaufgaben der Partei hinwies. Genosse Weimann hielt ein ausführliches Referat über organi- satorische Fragen und behandelte besonders unsere Arbeit in den Betrieben und den Gewerkschaften.

An die Referate schloß sich eine lebhafte Dis- kussion an. Es wurde auch zur Sprache gebracht, daß ein Betriebsrat und Vorstandsmittel des Holzarbeiterverbandes erklärt: „Ein Holzrat ist mir lieber als ein Kommunist“. Dieser Ausspruch löste allgemeine Erregung aus. An das Referat des Genossen Schmidt über die Vorstandskonferenz knüpfte sich ebenfalls eine längere Aussprache. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Forderung einiger Unzufriedenen seitens der Gewerkschaften zur Sprache gebracht. Der Gedanke wurde allgemein gutgeheißen. Es wurde bekräftigt, daß man auf diese Weise den Zwischenschub beibringt und die Stadtbevölkerung mit billigerem Obst versorge. Ferner wurden die Genossen Winter und Kuhn- hof beauftragt, die nötigen Vorarbeiten zur Stän- dung einer Jugendgruppe zu übernehmen. Auch die Bildung kleinerer Gruppen wurde die gut be- suchte Versammlung unter dem Befehl des Vor- standsmittels geschlossen.

**Freiburg. Sozialistische Provo- kationen.** Seit einiger Zeit haben sich die hierigen sozialistischen Kreise ein Herzchen gefaßt, das von alten Adel abstammt und besonders, wenn es reichlich Alkohol gewohnt hat, Propaganda für seine Ziele treibt. Natür- lich hat der junge Mann alles was links orientiert ist. Besonders die Kommunisten haben es ihm mit unseren Plakaten vom inter- nationaler Klassenkampf, die sich gegen Kriegsgeld und Kapitalismus richten, angetan. Am Sonntag bewies der zaudernde Held seine soziale Tapferkeit dadurch, daß er auch wäh- rend seiner Rede durch Alkohol in unbeschreib-

licher Stellung vor unserm Platz stand und daselbst abzutreten versuchte. Die Stellung, die er bei dieser Beschäftigung einnahm, war her- art komisch, daß sie bei dem hinzutretenden Publikum allgemeines Gelächter hervorrief. Der Jüngling entsetzte sich auch nicht, während seiner eblen Beschäftigung gemeine Beschimp- fungen gegen unsere Genossen auszusprechen. Als ihn der jugendliche Arbeiter Tagel auf darauf aufmerksam machte, daß Kommunisten hinter- her kommen, sagte er: „Da können Lande kommen, ich habe sie alle in die Presse“. Er geriet schließlich so in Ekstase, daß er den Genossen anhielt, ihn mit den blödesten Schmä- hungen bedeckte und ihn mit dem Messer be- drohte. Dieser Vorgang löste helle Empörung aus. Der hinzutretende SPD-Mann Köppler bielte: Dem Vorgang eine recht eigenüm- liche Rolle. Er stellte sich anfangs auf die Seite des Genossen und forderte auf, die An- gelegenheit durch die Polizei klären zu lassen. Der Baron aber erklärte: „Hier wäre kein Stammlokal, er ginge ein Glas Bier trinken. Gleichzeitig lud er Köppler dazu ein und legte in nicht mißzuverstehender Weise den Finger auf den Mund. Köppler ging auch tatsächlich mit und beide tronten weiter dem Alkohol, so- daß Köppler Montags gar nicht arbeiten konnte. Wir begnügen uns vorläufig, diesen Vor- fall der Arbeiterchaft bekanntzugeben, das ge- richtliche Nachspiel folgt noch.

— Genossen, aufgepaß! Die Deutsch- völkischen widmen seit einiger Zeit unsere Be- wegung ganz besondere Aufmerksamkeit. Sie belagern nicht nur die Heimkehrende der Jugend, gehen auch zu Drohungen und Sanktionen über. Einmal abends lauerten einige leider noch nicht ermittelte Fasziisten eine Genossin auf und ver- langten von ihr die Ausbändigung der in ihrem Besitz befindlichen zur Kolportage bestimmten Zeitungen. Ferner verlangten die Fasziisten Auskunft über die Mitgliederbewegung. Als die Genossin beides verweigerte, stießen die wäl- teren Deutschen Drohungen aus und wollten unsere Genossin schlagen. Nur dem Hinzutreten von Passanten war es zuzuschreiben, daß unsere Genossin vor weiterem Terror der Banditen verschont blieb. Genossen, seid wachsam und er- teilte dem Gefindel die nötige Abfuhr.

**Langenau. Die Polizei hilft den Streikbrechern.** Wie uns mitgeteilt wird, haben sich die beiden Polizeigewaltigen unter- stützt während des Bandenarbeiterstreikes als He- fer des Industries betätigt. Sie wurden, wie uns mitgeteilt wird, bei landwirtschaftlicher Arbeit beobachtet. Außerdem übten die Ge- wannten einen ungulässigen Druck auf einen freiziehenden Bandenarbeiter aus. Sie erschienen in der Wohnung eines deutsch-völkischen Band- arbeiter, dessen Frau ihnen zurflieg kam und drohten ihm mit Ausweisung inner- halb 24 Stunden, falls er nicht sofort wieder die Arbeit aufnehme. Wir fragen, auf Grund welches Gesetzes glauben die Beamten den Bandenarbeiter in seinem Konstitutionsrecht be- schränken zu dürfen. Das sagen die vorgelesenen Dehorden zu dieser unerhörten Gesetzesver- letzung.

**Siebersdorf. Unerhörte monarchi- stische Provokationen.** Von Patienten der Heilanstaltverlegung wird uns mitgeteilt, daß am 23. 6. in Siebersdorf eine reaktionäre Gemeindevorsteher statt. Die Hauptbedauerer dieser Feier waren zahlungsfähige Patienten von Dr. Bremer's Heilanstalt. Diese patri- stischen Jünglinge konzentrierten sich abends zu einem Festzug und zogen auf dem Spitz- berg. Dort wurde ein Feuer angezündet und eine lebhafte tanzende Rede voll Epith und Hohn auf die Arbeiterchaft und auf die 3. Internationale gehalten. Dazu wurden bis

in die Nacht hinein Monarchistenleber geätzt. Die monarchistischen Krüppel verlusteten auch mit Genossen, die sich eine Kritik erlaubten, eine Prügelei zu provozieren. Die Patienten der Hauptanstalt erhielten zu der Feier bis 11 Uhr abends Urlaub. Die Anstaltslei- tung hat damit wieder einmal bewiesen, wie es mit ihrer logenanimten Neutralität in Wirklich- keit bestellt ist. Während zwei Wochen, die sich an der Maffeler beteiligten, aus der An- stalt herausplagen, unterstützt die Heilanstalt den monarchistischen Kummel durch Beurlaubung von Patienten. Auch der Abendurlaub wurde unseren Genossen am 1. Mal betweigert. Es wäre wirklich besser, wenn Herr Dr. Busch, anstatt monarchistische Veranstaltungen zu unterstützen, sich lieber dafür interessieren würde, daß die ungeheuren Mängel in der Verpflegung proletarischer Patienten endlich be- seitigt werden.  
— Die Zustände in der Lungen- heilanstalt Bremer. Wir haben uns schon wiederholt mit den Zuständen in genannter An- stalt beschäftigt. Heute wird uns folgendes mit- geteilt: Die Lungenheilanstalt Bremer beut die weiblichen Angestellten in unerhörter Weise aus. Mädchen im Alter von 15 bis 20 Jahren müssen von morgens 1/2 bis abends 1/8 Uhr, also 11 Stunden täglich arbeiten und erhalten dafür Gehälter von 16 bis 21 000 M. Kost und Logis ist frei. Wie die Kost beschaffen ist, steht natürlich auf einem andern Blatt. Ein Mädchen bekommt wöchentlich ein Brot und 160 Gramm Fett. Wurst usw. ist Luxus. Auch über anderen Speisen wird sehr geklagt. Ebenso la- sen die hygienischen Verwaltungsmaßnahmen sehr zu wünschen übrig.  
Wie uns mitgeteilt, soll das Personal weder Verhaltensmaßnahmen noch Sicherheitsmittel bekommen, um sich vor Ansteckung zu schützen. Es wird sogar behauptet, daß das Personal daselbst sich gegenseitig benutzt aus dem schwer- tuberkulösen Kranke essen. Wir fordern, daß die Zustände in der Bremer'schen Lungenheilanstalt sofort von unparteiischen Spezialärzten unter- sucht werden, damit der Ansteckung junger, im Wachstum begriffener Mädchen vorgebeugt wird.

**Altwasser. Nationalistischer Kum- mel.** Am Sonntag glaubte man, wenn man die Nieder hörte, die auf den Straßen gespielt wurden, die Nationalisten geben sich ein Stell- bichen. Da aber handelte es sich um ein Stiftungsfest des hiesigen katholischen Männer- und Jünglingsvereins, zu dem zahlreiche Fahnenabteilungen aus der Provinz ebenso die Kriegervereine von Altwasser erschienen waren, die ja dazu beitragen mußten, dem Feste einen nationalistischen Charakter zu geben. Bedauerlich ist es, wenn Arbeiter das „deutsche“ Lied „Stiegreich wollen wir Frankreich schla- gen“ hören, wenn sie dabei vergessen, die- jenigen zu belächeln, die das Gland im eigenen Lande hervorruhen. Es ist ja natürlich leichter, den fernan Feind zu bekämpfen, und bei dem Feind im Inlande auf dem Bauche zu rut- schen. Aber etwas anderes hat sich bei diesem Feste gezeigt, wie eng Kirche und Nationalis- mus verbunden sind. Klassenbewusste Arbeiter, befreit sich von diesen Dingen, und es wird der Tag nicht mehr fern sein, wo wir an Stelle des kapitalistischen Systems die kom- munistische Gesellschaftsordnung aufbauen kön- nen.

**Falkhammer. Nationalistischer Kum- mel im Verein mit der sozialdemokratischen Ge- meindervertretung.** Am Sonntag, den 24. Juni, fand hier anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Arbeitervereins großer Sam-Tam- statt. Schon am Abend hatten sich auswär- tige Gäste eingefunden und es begann der Begrüßungsversammler, an dem auch sozialdemo- kratische Gemeindevorsteher teilnahmen. Son- tag fand dann unter Teilnahme sämtlicher bür- gerlicher Vereine der Jungtag statt, an dem sich auch der wohlhabliche Gemeindevorsteher Faltsche (SPD) beteiligte. Ferner waren außer den Sportvereinen noch Vertreter der Kriegervereine, die Feuerwehr und die Christliche Jugend. Man fand da auch schwarz-weiß-rote Schützen vereint mit den neuen republikanischen Farben. Der Jungtag bewegte sich an der Sportplatz, woselbst sich die tanzenden Helmschützen sportlich betätigten. Natürlich wurde das Deutschland- lied gesungen. Abends gab es dann Tanz in der Volkshaus. Steigert da sich nicht die Empö- rung jedes Klassenbewussten Arbeiters, wenn er in Betracht zieht, daß der größte Teil dieser feierlichen Arbeiterfesten sind? Ist denn der Arbeiterchaft nicht bewußt, daß sie in die- sen bürgerlichen Vereinen zu nationalistischen Zwecken gebraucht wird? Erkennt doch endlich, daß jeder Arbeiter nur in einem Arbeiterport- vereine gehört, in dem vor allen Dingen die Solidarität hochgehalten wird. Aber nicht ge- nug damit, daß man sich diesen bürgerlichen Vereinen abwendet, daß man sie auch sabotieren. Man muß ihre künftigen Veranstaltungen boykottieren. Vor allen, ihr Arbeiter, guckt euch erst mal eure Geschäftsleute an. Sie finden es nicht für nötig, bei Arbeiterver- sammlungen zu gehen, obwohl sie nur von Ar- beitergehörigen leben. Um so mehr aber bei bür- gerlichen Festlichkeiten. Sind es doch auch Ge- schäftsleute, die große Summen zu die- ser Veranstaltung gespendet haben. Die Partei muß also sein, keinen Pfennig mehr diesen Genossen und Generälen in die Konsumvereine. Und bei den nächsten Gemeindevorsteher legt euch diese Leute, die ihr wählt, etwas genauer an. Am

Strehlitz. Nationalistischer Kummel. Ein Arbeiter schreibt uns darüber folgendes: Am Sonntag, den 24. Juni, hatte ich Gelegen- heit, einer „Kriegerabendmal-Seminarfeier“ beizuwohnen. Das Dorf war festlich geschmückt und es brauchte wohl nicht erst betont zu wer- den, daß von den dazu verwendeten Fahnen und Fähnchen 95 Prozent schwarz-weiß-rot waren. Der Kriegerverein und die Feuerwehr durften natürlich mit ihren nationalen Fahnen auch nicht fehlen. Der äußeren Aufmachung ent- sprechend, war natürlich auch der Inhalt der Reden gehalten, welche dabei vom Stapel ge- lassen wurden. Unter anderen sprach ein Ge- neralstabsadjutant in voller Uniform, der seiner Tradition gemäß ein Loblied auf die alte, glorreiche Armee sang, welche den Mann zu Ordnung, Kameradschaft und vor allen Dingen zum Gehorsam erzog. Er schloß seine Rede mit dem Gedanken, an dem er übrigens nicht im geringsten zweifelt, daß in hoffentlich nicht allzu fernem Zeit die Trompete zur „Rebellie“ blasen werde und entzündeten Hauptes sang „man“ das Deutschland-Lied. Aber alle Redner in den Schatten stellte der katholische Pfarrer des Dorfes, ein Erzreaktionär. Dieser „Hoch- werden“, lag Stellvertreter Gottes auf Erden, der seinem Berufe und den Lehren der katho- lischen Kirche gemäß Basilius im reinsten Sinne des Wortes sein sollte. Sprach nicht ein Wort von Bolterrieden, Bolterreformierung, Menschen- pflicht und Nächstenliebe. Ein einziger Rahe- und Revandgedanke war seine Rede. Kein Wort des Trostes an die Hinterbliebenen, son- dern Krieg war jedes Wort dieses „Schwarzbir- gen“. Hierdieg wie der Sackel des Den- kmals sollte das Herz des „Deutschen“ werden, hinweg mit allem, was heißt „Mensch“ sein über alles hinweg, was der Wiedervergeltung im Wege stehe. Und in diesem Sinne sollte er das Denkmal als „Beymittel“ bewahren und die Kinder in diesem Sinne erziehen. Stolz erhabenen Hauptes, ein Redner, das mich die Achtung vor dem Alter verzeihen ließ, sag dieser „Aug-ein-Schritt“ mit seiner Part- wirtin (nur?) an der Hand eines dreijährigen Jungen (Sohn?) — in Soldaten-Uniform — seiner Behauptung zu. — Was sagt die SPD dazu? Ein Jugendgenosse erzählte mir, daß sich dieselbe recht fleißig an dem ganzen natio- nalen Trara beteiligte. Ich konnte mich auch selbst überzeugen, daß die Werksten — über- wiegend Steinbrucharbeiter — mit Orden und Bändern gekrönt, an dem Kummel teil- nahmen.

Wenn Reher die Wege des Ora- tions bereiten. Von einem Parteigenossen, welcher Augenzeuge folgenden Vorfalles gewe- sen ist, wurde uns mitgeteilt: In Eggersdorf bei Olah feierte der Arbeiter-Radfahrer-Verein sein Stiftungsfest, zu welchem etwa 26 andere Vereine erschienen waren. Unter den Veran- staltungen, welche von diesen Vereinen aus- geführt wurden, machte man eine Korfahrt um das Bestium des Herrn Grafen. Durch das Betreten seines Grundstücks durch die roten Reher glaubte der Herr Graf sein Grund- stück für entfallig und bestellte Montag ein paar kath. Pfaffen, welche mit Weißwasser die Wege einsprengen mußten und außerdem muß- ten die katholischen Schulkinder noch fromme Kirchenlieder dazu singen. Wenn man solche fanatische Experimente sieht und hört, glaubt man sich zurückversetzt ins 16. Jahrhundert, wo die Menschheit noch so blöde war und an Reher glaubte, aber jetzt, im 20. Jahrhundert, soll man es wohl kaum für möglich halten. Aber die Summen werden nicht alle, auch wenn sie vom Adel stammen.

Strehlitz. Nationalistischer Kummel. Ein Arbeiter schreibt uns darüber folgendes: Am Sonntag, den 24. Juni, hatte ich Gelegen- heit, einer „Kriegerabendmal-Seminarfeier“ beizuwohnen. Das Dorf war festlich geschmückt und es brauchte wohl nicht erst betont zu wer- den, daß von den dazu verwendeten Fahnen und Fähnchen 95 Prozent schwarz-weiß-rot waren. Der Kriegerverein und die Feuerwehr durften natürlich mit ihren nationalen Fahnen auch nicht fehlen. Der äußeren Aufmachung ent- sprechend, war natürlich auch der Inhalt der Reden gehalten, welche dabei vom Stapel ge- lassen wurden. Unter anderen sprach ein Ge- neralstabsadjutant in voller Uniform, der seiner Tradition gemäß ein Loblied auf die alte, glorreiche Armee sang, welche den Mann zu Ordnung, Kameradschaft und vor allen Dingen zum Gehorsam erzog. Er schloß seine Rede mit dem Gedanken, an dem er übrigens nicht im geringsten zweifelt, daß in hoffentlich nicht allzu fernem Zeit die Trompete zur „Rebellie“ blasen werde und entzündeten Hauptes sang „man“ das Deutschland-Lied. Aber alle Redner in den Schatten stellte der katholische Pfarrer des Dorfes, ein Erzreaktionär. Dieser „Hoch- werden“, lag Stellvertreter Gottes auf Erden, der seinem Berufe und den Lehren der katho- lischen Kirche gemäß Basilius im reinsten Sinne des Wortes sein sollte. Sprach nicht ein Wort von Bolterrieden, Bolterreformierung, Menschen- pflicht und Nächstenliebe. Ein einziger Rahe- und Revandgedanke war seine Rede. Kein Wort des Trostes an die Hinterbliebenen, son- dern Krieg war jedes Wort dieses „Schwarzbir- gen“. Hierdieg wie der Sackel des Den- kmals sollte das Herz des „Deutschen“ werden, hinweg mit allem, was heißt „Mensch“ sein über alles hinweg, was der Wiedervergeltung im Wege stehe. Und in diesem Sinne sollte er das Denkmal als „Beymittel“ bewahren und die Kinder in diesem Sinne erziehen. Stolz erhabenen Hauptes, ein Redner, das mich die Achtung vor dem Alter verzeihen ließ, sag dieser „Aug-ein-Schritt“ mit seiner Part- wirtin (nur?) an der Hand eines dreijährigen Jungen (Sohn?) — in Soldaten-Uniform — seiner Behauptung zu. — Was sagt die SPD dazu? Ein Jugendgenosse erzählte mir, daß sich dieselbe recht fleißig an dem ganzen natio- nalen Trara beteiligte. Ich konnte mich auch selbst überzeugen, daß die Werksten — über- wiegend Steinbrucharbeiter — mit Orden und Bändern gekrönt, an dem Kummel teil- nahmen.



# Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten

G. m. b. H. Berlin SW. 61



## B Ü C H E R

- Rosa Luxemburg:**  
Die Akkumulation des Kapitals. Grundzahl brosch. 8,— Grundzahl geb. 10,—  
Koalitionspolitik od. Klassenkampf? Grundzahl 1,50  
Massenstreik, Partei und Gewerkschaften Grundzahl 0,80  
Sozialreform oder Revolution? Grundzahl 0,80
- Karl Marx:**  
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Grundz. 0,40  
Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. Grundzahl 0,80  
Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Sammelheft. Grundzahl 0,20
- Karl Korsch:**  
Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung. Grundzahl 0,60  
Quintessenz des Marxismus. Grundz. 0,20
- Historische Quellenbücher:**  
**N. Lenin:**  
Staat und Revolution. Grundzahl 0,30  
**L. Trotzki:**  
Die russische Revolution 1905. Grundzahl broschiert 6,— Grundzahl Pappband 6,50  
Grundzahl gebunden 7,—  
Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Frieden. Grundzahl 0,50  
**A. R. Williams:**  
Die russische Revolution 1917-1918. Grundz. broschiert 3,50. Grundz. geb. 4,50  
1848. Ein Lesebuch für Arbeiter. Grundz. brosch. 2,— Grundz. geb. 3,—  
**Paul Werner:**  
Eugen Levine. Grundzahl 1,—
- Gewerkschaftsbücher**  
**N. Auerbach:**  
Marx und die Gewerkschaften. Grundzahl broschiert 1,50. Grundzahl gebunden 2,—  
**Karl Korsch:**  
Arbeitsrecht für Betriebsräte. Grundzahl broschiert 2,50. Grundzahl gebunden 3,20  
**Z. Leder:**  
Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland. Grundzahl 0,20  
**Hermann Dücker:**  
Die Vernichtung des Marxismus durch den Gelehrten des ADGB. Grundzahl 0,15  
Wohin steuern die freien Gewerkschaften? Grundzahl 0,40
- Vorstehende Bücher sind zu beziehen durch:**  
Buchhandlung der Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, Nikolaistr. 49-50
- Kampfbücher:**  
**Dr. med. L. Klauber:**  
Klassenkampf gegen den Hungertod. Grundzahl 0,65  
Am Sterbelager eines werktätigen Volkes. Grundzahl 0,20  
**Paul Frölich:**  
Wider den weißen Mord. Grundzahl 0,30  
**F. Halle:**  
Deutsche Sondergerichtsbarkeit. Grundzahl 1,20  
**O. Hübner:**  
Das Lesebuch der Republik. Grundz. 0,60  
Technische Nothilfe. Grundzahl 0,50  
**Spitzel.** Aus dem Sumpf der politischen Polizei. Grundzahl 0,75  
**Nieder mit den Abtreibungsparagrafen.** Grundzahl 0,80  
**Eugen Pawlowski:**  
Deutschland — eine Kolonie? Grundz. 0,60  
Protokoll der Frankfurter Konferenz. Grundzahl 0,25  
**Edo Fimmen:**  
Die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats. Grundz. 0,15  
**Leonid und A. Friedrich:**  
Warum Ruhrkrieg? 10% oder die Nation. Grundzahl 0,50  
Angora. Der Freiheitskrieg der Türkei. Grundzahl 0,75
- Jugendbücher:**  
**Hermynia zur Mühlen:**  
Märchen. Grundzahl 3,— Der Spatz. Grundzahl 1,— Der Rosenstock. Grundz. 0,60  
Der kleine, graue Hund. Grundzahl 1,—  
Warum? Grundzahl 0,75  
**Kaspar Hauser:**  
Die verkehrte Welt. Grundzahl 0,10  
**Schöne Bücher:**  
**F. Dostojewski:**  
Hermynia zur Mühlen: Der Tempel. Grundzahl 1,50  
**Kampflieder:**  
Mit Noten. Grundzahl 0,25  
Schlüsselzahl des Börsenvereins.

**Breslauer Arbeitersportler in Sachsen**  
Man schreibt uns:  
Der Breslauer Kraft-Sport-Verein „Eichenlaub“ gegr. 1910, Bezirksmeister im Ringen von 1922 und 1923, wählte am Sonntag, den 24. Juni mit seiner 1. Ringen um Gebrüdermannschaft in Radeberg bei Dresden, um gegen die dortige Tischkriegervereinigung seinen Retourenkampf auszutragen. Der Empfang unserer Leute war ein überaus herzlich und jedem Sportkollegen werden die schönen Stunden, die er verlebte, noch lange in der Erinnerung nachklingen. Im Gewichtheben konnte diesmal Breslau mit 287½ Punkten den Sieg an sich reißen, während Radeberg 277 Punkte erzielte. Das Heben bestand aus einem Dreikampf, und zwar bestarmig reihen, stoßen und zweiarstig stoßen. Die beste Leistung war einarmig 120 Pfd. reihen, 150 Pfd. stoßen und zweiarstig 210 Pfd. stoßen mit freien umsehen. Im Ringen waren die Kämpfe heiß und spannend, in Östingen zu je zweimal 10 Minuten. Das Dressen endete wie in Breslau mit dem unentschiedenen Resultat von 6:6 Punkten. Die Mannschaft „Eichenlaub“ trat in bekannter Aufstellung an, während bei Radeberg keine Vereinsmannschaft, sondern eine Bezirkspräsidentenmannschaft antrat. Es ist der Mannschaft Eichenlaub umso höher anzurechnen gegen eine so hervorragende Mannschaft ein solches Resultat erzielt zu haben.

**Achtung! Achtung!**  
**Jugendgenossen, Genossinnen**  
Dienstag, den 3. Juli, abends 7 Uhr,  
im Versammlungsraum, Nikolaistraße 49-50.  
**außerordentliche Mitgliederversammlung**  
Tagesordnung:  
1. Die politische Lage und unsere Aufgaben.  
Referent: Ein Genosse der Zentrale Berlin.  
2. Organisatorisches.  
3. Verschiedenes.  
Was muß pünktlich erscheinen. Parteigenossen, die für die Jugend Interesse zeigen, haben Zutritt.  
**Die Ortsleitung der AG. Breslau.**

**Kaufe täglich**  
**Frauenhaare**  
Zahle pro Gramm bis 50.— Mk.  
Selma Kunath, Breslau  
**Schillerstrasse 21.**  
Geschäftszeit täglich von 8—6 Uhr.

### Berichtungs-Kalender.

- KPD**  
Berichtungs-Kalender:  
1. Sonntag, den 2. Juli, abends 6 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50, Beginn der Parteiverammlung mit Wahlprüfungsausschuss.  
2. Montag, den 3. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50, Parteiverammlung mit Wahlprüfungsausschuss.  
3. Dienstag, den 4. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50, Parteiverammlung mit Wahlprüfungsausschuss.  
4. Mittwoch, den 5. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50, Parteiverammlung mit Wahlprüfungsausschuss.  
5. Donnerstag, den 6. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50, Parteiverammlung mit Wahlprüfungsausschuss.  
6. Freitag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50, Parteiverammlung mit Wahlprüfungsausschuss.  
7. Samstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50, Parteiverammlung mit Wahlprüfungsausschuss.

### KKG

**Kommunistische Kinder-Gruppe.**  
Berichtungs-Kalender:  
1. Sonntag, den 2. Juli, abends 6 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50.  
2. Montag, den 3. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50.  
3. Dienstag, den 4. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50.  
4. Mittwoch, den 5. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50.  
5. Donnerstag, den 6. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50.  
6. Freitag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50.  
7. Samstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, im Fortschrittssaal, Nikolaistraße 49-50.

### Gewerkschaften

**Achtung**  
**Zahle die höchsten Preise**  
für Alteisen, Altmetalle,  
Zeitung, Makulatur u. Papier  
und übernehme  
Maschinenabtritte.  
**A. Linke**  
Leningstraße 10  
Telefon Olde Nr. 6582 Nebenseite.  
Achtung auf Hausnummer.

**KAUFHAUS**  
**W. LESCHZINER**  
Nikolaistraße 22  
**GLEWITZ OS**  
Nikolaistraße 22  
Allergroßtes Geschäftshaus für  
**MANUFAKTUREN**  
Spezial-Abteilung: Herrenkonfektion  
Schuhwaren, Wäsche.

### Der Durchschnittspreis für Gas, Wasser und elektrischen Stromverbrauch von der Ableitung im Juni 1923 bis zur Ableitung im Juli 1923 beträgt:

Für 1 cbm Gas	1230 Mf.
1 kWh Strom zur Beleuchtung	2270 "
zur Kraftübertragung	2270 "
innerhalb der Sperrstunden	2270 "
außerhalb	1460 "
1 cbm Wasser	915 Mf.
innerhalb der Stadt	915 Mf.
außerhalb	1100 "

Nach diesen Preisen werden die Zahlungen jedes Abnehmers für Gas, Wasser und Strom berechnet werden.  
Infolge Steigerung der Kohlenpreise, Frachten, Löhne und Gehälter sind die Preise neu festgesetzt:  
Som 1. Juli 1923 ab:  
für 1 cbm Gas 2430 Mf.  
1 cbm Wasser inner halb der Stadt 1860 " außerhalb 3210 "  
1 kWh Strom zur Beleuchtung 4700 " zur Kraftübertragung innerhalb der Sperrstunden 4700 " außerhalb 3050 "

Währungswertmarken werden vom 2. Juli 1923 ab zum Preise von 2430 Mf. für das Stück abgegeben.  
Der Magistrat.  
Städtische Betriebsdeputation.

### Zentralverband der Schuhmacher

Verwaltung Breslau, Margarethenstraße 17, Zimmer 56.  
Montag, den 2. Juli, abends 7½ Uhr  
im groß. Saal des Gewerkschaftshauses, Margarethenstr.  
**Allgemeine Versammlung**  
für alle in der Schuhmacherei und im Schuhmacherhandwerk beschäftigten Personen.  
Referent: Bezirksleiter Kollege Weise - Dresden.  
Der Vorstand: I. A.: Georg Reiner.

### Achtung Literaturliebende!

Die Broschüre  
**Marx Soelz**  
der gemeine Verbrecher  
ist wieder eingetroffen.  
Bestellungen nimmt entgegen die  
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.  
Breslau, Nikolaistraße 49-50  
Wichtig. Buchhandlung.

### Pro etarier!

Beseitigt die Hindernisse  
der Sprachbarriere! Lernt die  
**Weltsprache**  
„Esperanto“  
die von Arbeitern aller Nationen  
gesprochen und auch be-  
wendet wird!

**Einen neuen Lerner, Genosse!**